



Mittwoch, 07. Januar 2026, 13:00 Uhr
~4 Minuten Lesezeit

Willkür statt Beweisen

Venezuelas Präsident Nicolás Maduro befindet sich in Gewahrsam der USA. Die Anklageschrift gegen ihn liest sich wie eine Farce.

von Michael Straumann
Foto: StringerAL/Shutterstock.com

Es ist ein Foto, das um die Welt ging: Venezuelas Präsident Nicolás Maduro wird als Geisel gezeigt – gekleidet in einen grauen Nike-Tech-Jogginganzug, mit roten Lärmschutzkopfhörern und schwarzer

Gesichtsmaske. Seit Jahren köchelt der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Venezuela vor sich hin – doch seit letztem September hat sich die Lage spürbar zugespitzt. Nun ist sie eskaliert, und Maduro muss sich in den USA vor Gericht verantworten gegen Vorwürfe, die allem Anschein nach jeglicher Grundlage entbehren.

Es begann mit den Angriffen des US-Militärs auf Boote aus Venezuela, die mutmasslich Drogen in die Vereinigten Staaten schmuggelten. Bei mindestens 19 Einsätzen kamen etwa 105 Menschen ums Leben (<https://www.dailymail.co.uk/news/article-15421137/CIA-drone-strike-Venezuela-trump.html>). Im Dezember verhängte die US-Regierung eine Seeblockade (<https://www.reuters.com/world/americas/trump-orders-blockade-sanctioned-oil-tankers-leaving-entering-venezuela-2025-12-16/>) gegen Venezuela, wobei zwei venezolanische Öltanker beschlagnahmt (<https://www.bbc.com/news/articles/cd749gqgg11o>) wurden. Pünktlich zu Heiligabend folgte der erste Angriff auf venezolanischem Terrain (<https://abcnews.go.com/Politics/trump-us-knocked-big-facility-venezuela/story?id=128750795>). Nun gipfelte der militärische Schlagabtausch gestern in der Entführung Maduros. Beim Angriff auf Caracas wurden 40 Menschen getötet.

Amerikanische Elite-Spezialeinheiten brachten Maduro nach New York, wo er sich nun vor Gericht verantworten soll. Der Prozess soll in den kommenden Tagen beginnen.

In Venezuela ernannte

(<https://www.reuters.com/world/americas/venezuelas-supreme-court-orders-delcy-rodriguez-become-interim-president-2026-01-04/>) der Oberste Gerichtshof unterdessen die Vizepräsidentin Delcy Rodríguez zur neuen Präsidentin. Sie fordert die USA auf, Maduro freizulassen, und erklärte, Venezuela werde niemals eine Kolonie der Vereinigten Staaten sein. Zugleich wirft sie Washington vor, es gehe einzig um die Ausbeutung der Ressourcen des Landes.

Seit Monaten bezichtigt die Regierung von Donald Trump Maduro des „Drogenterrorismus“. Er arbeite mit Drogenkartellen zusammen und helfe ihnen, Kokain und Fentanyl in die Vereinigten Staaten zu schmuggeln. Zudem behauptet Washington, Venezuela habe den USA Erdöl gestohlen – Ölreserven und Fördergebiete, die 1976 verstaatlicht

(https://de.wikipedia.org/wiki/Petr%C3%B3leos_de_Venezuela) wurden. Was ist an den Vorwürfen dran?

Venezuela ist kein Fentanyl-Hotspot

Tatsächlich ist Venezuela jedoch keine bedeutende Quelle für Fentanyl oder andere Drogen, die in die Vereinigten Staaten gelangen. Entgegen der öffentlichen Rhetorik der Trump-Regierung gehen die US-Behörden nicht davon aus, dass Maduro venezolanische Drogenkartelle anführt. Ein internes Lagepapier des Office of the Director of National Intelligence

(<https://static01.nyt.com/newsgraphics/documenttools/32f71f10c36cc482/d90251d5-full.pdf>) vom 7. April, das auf Erkenntnissen aller 18 US-Geheimdienste basiert, kommt zu dem Schluss, dass die Maduro-Regierung mit hoher Wahrscheinlichkeit keine Politik der Zusammenarbeit mit Drogenkartellen verfolgt und weder deren Bewegungen in die USA noch deren Aktivitäten dort steuert. Die Geheimdienste konnten demnach nicht feststellen, dass die

venezolanische Regierung Kartelle kontrolliert. Vielmehr geht Caracas gegen diese vor, was eine strategische oder systematische Kooperation beider Seiten höchst unwahrscheinlich macht.

US-Beamte berichten

[\(https://archive.ph/20251020173055/https://www.washingtonpost.com/world/2025/10/20/trump-attacks-venezuela-drug-boats\)](https://archive.ph/20251020173055/https://www.washingtonpost.com/world/2025/10/20/trump-attacks-venezuela-drug-boats)

zudem, dass die kleinen Boote, die zwischen Venezuela sowie Trinidad und Tobago verkehren, kein Fentanyl transportieren, sondern vor allem Marihuana und geringe Mengen Kokain, die für Westafrika und Europa bestimmt sind. Nach Angaben der Drug Enforcement Administration gelangen rund **90 Prozent des in die USA eingeführten Kokains**

[\(https://www.theamericanconservative.com/three-big-problems-with-trumps-venezuela-oil-blockade/\)](https://www.theamericanconservative.com/three-big-problems-with-trumps-venezuela-oil-blockade/) über Mexiko ins Land – nicht über Venezuela. Entsprechend taucht Venezuela weder im aktuellen **Weltdrogenbericht der Vereinten Nationen**

[\(https://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/WDR_2025/WDR25_B1_Key_findings.pdf\)](https://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/WDR_2025/WDR25_B1_Key_findings.pdf) noch im jüngsten jährlichen **Drogenbericht der Europäischen Union**
[\(https://www.euda.europa.eu/publications/european-drug-report/2025_en\)](https://www.euda.europa.eu/publications/european-drug-report/2025_en) als relevante Drehscheibe auf.

Groteske Anklageschrift

Umso bemerkenswerter ist der Blick in die **25-seitige Anklageschrift gegen Nicolás Maduro**
[\(https://www.justice.gov/opa/media/1422326/dl\)](https://www.justice.gov/opa/media/1422326/dl).

Die Drogen, die den jüngsten Konflikt angeblich wieder entfacht haben soll, wird darin kein einziges Mal erwähnt: Fentanyl kommt in dem Dokument nicht vor. Auch von „gestohlenem Erdöl“ ist keine Rede – jenem Vorwurf, mit dem die Regierung von Donald Trump

unter anderem die Seeblockade gegen Venezuela rechtfertigte. Stattdessen wird Maduro des „Narcoterrorismus beschuldigt“ – ein Vorwurf, der in dieser Form weder von der Drug Enforcement Administration noch von den US-Geheimdiensten gestützt wird.

Konkret wirft die Anklage Maduro vor, Partnerschaften mit bewaffneten Gruppen wie den Revolutionary Armed Forces of Colombia (FARC) und der National Liberation Army (ELN) sowie mit mexikanischen Kartellen wie dem Sinaloa-Kartell und Los Zetas eingegangen zu sein, um den Transport von Kokain in die USA zu schützen und zu fördern. Ihm wird vorgeworfen, den Kokainhandel in grossem Stil organisiert und persönlich den Transport von Tausenden Tonnen koordiniert zu haben. Zudem soll er diplomatische Pässe und Flugzeuge zur Verfügung gestellt haben, um Drogengelder zu waschen.

Ironischerweise **begnadigte**

(<https://www.bbc.com/news/articles/cpvdr8k7xjro>) Donald Trump jüngst den ehemaligen Präsidenten von Honduras, Juan Orlando Hernández. Hernández war im März 2024 in den USA wegen Drogenhandels und verwandter Delikte verurteilt und im Juni desselben Jahres zu 45 Jahren Haft verurteilt worden. Während seiner Präsidentschaft entwickelte sich Honduras zu einem **zentralen Transitland** (**<https://www.theguardian.com/us-news/2025/dec/01/trump-pardon-juan-orlando-hernandez-honduras-former-president>**) für südamerikanisches Kokain auf dem Weg in die USA.

Bemerkenswert ist zudem, dass Maduro des Terrorismus beschuldigt wird, während Washington gleichzeitig bereit ist, mit dem amtierenden Staatschef Syriens, Ahmed al-Sharaa, zusammenzuarbeiten – einem **früheren Kommandeur einer Al-Qaida** (**<https://www.reuters.com/world/middle-east/trump-meet-sharaa-white-house-capping-major-turnaround-syria-2025->**)

Schliesslich wird Maduro in der Anklage auch eine Verschwörung zum Besitz von Maschinengewehren und „zerstörerischen Geräten“ wie Granaten zur Last gelegt. Ein Vorwurf, der insofern irritiert, als der zweite Verfassungszusatz

(<https://constitution.congress.gov/constitution/amendment-2/>)

der Vereinigte Staaten das Recht auf Waffenbesitz ausdrücklich schützt – zumindest auf amerikanischem Boden.

Die „strafrechtliche Verfolgung“ der US-Behörden gegen Maduro entbehrt damit jeder erkennbaren faktischen Grundlage. Wie der Prozess in den kommenden Tagen verlaufen wird, bleibt abzuwarten. Skepsis ist angebracht.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Beitrag erschien zuerst unter dem Titel „Willkür statt Beweise
(<https://www.straumedia.ch/p/willkur-statt-beweise>)“ bei Strau
Media (<https://www.straumedia.ch>).



Michael Straumann, Jahrgang 1998, studiert Politikwissenschaft und Philosophie an der Universität Zürich und arbeitet als redaktioneller Praktikant für die Zeitschrift **Schweizer Monat**. Zudem engagiert er sich bürgerrechtlich. Zwei Jahre lang war er als Vorstandsmitglied der Schweizer Bürgerrechtsbewegung **MASS-VOLL!** tätig. An mehreren Referenden hat er aktiv

mitgewirkt, darunter im Leitungsteam des dritten Referendums gegen das Covid-Gesetz. Aktuell sitzt er im Komitee der Souveränitätsinitiative, die grundrechtswidrige internationale Verträge wie den WHO-Pandemiekompakt in der Schweiz verhindern möchte. Weitere Informationen auf **StrauMedia** (<https://www.straumedia.ch/>).